

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Rudolf Scharping kommentiert die Bundespräsidentenwahl: Eine Entscheidung, bestimmt durch das Machtkalkül.

Seite 1

Neue Weichenstellungen für den Privatversicherungsmarkt verlangt **Kurt Pallas MdB.**

Seite 2

Auf das Schattendasein der indigenen Völker weist **Dr. Klaus Kübler MdB** hin.

Seite 4

Eine ökologische Wende fordert mit Blick auf die zunehmenden Katastrophen **Michael Müller MdB.**

Seite 6

49. Jahrgang / 97

24. Mai 1984

Eine Entscheidung, bestimmt durch das Machtkalkül
Bei der Bundespräsidentenwahl ging es der Koalition nicht um die am besten geeignete Persönlichkeit

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die 10. Bundesversammlung hat gestern mit der Wahl von Roman Herzog zum neuen Bundespräsidenten eine demokratische Entscheidung getroffen - wenngleich gegen den klaren Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Den Ausschlag für diese Wahl hat die FDP gegeben. Die SPD hat für ein anderes Ergebnis gekämpft, aber wir respektieren die Entscheidung der Bundesversammlung und werden mit dem neuen Bundespräsidenten loyal zusammenarbeiten.

Wir bleiben bei unserer Meinung, daß wir mit Johannes Rau den am besten geeigneten Kandidaten vorgeschlagen hatten. Johannes Rau hat in der Bundesversammlung Zustimmung weit über die Grenzen der SPD hinaus erhalten. Mit seiner großen Integrationskraft sowie dem hohen Respekt und der großen Zuneigung, die ihm von der Bevölkerung entgegengebracht werden, brachte er alle Voraussetzungen zur Ausübung dieses Amtes in schwieriger Zeit mit.

Die Art und Weise, wie Johannes Rau seine Kandidatur betrieben hat, hat ihm neue Sympathien zugetragen und der gesamten SPD auch. Die SPD ist stolz auf Johannes Rau und wir danken den vielen bekannten und unbekanntenen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit uns für Johannes Rau engagiert haben.

Die gestrige Wahl hat mehreres klar gemacht. Die Entscheidung war kein eigenständiger auf das Amt des Bundespräsidenten gerichteter politischer Akt. Sie fiel statt dessen auf der Grundlage der Mehrheitsverhältnisse von 1990. Sie war nicht getragen von dem Bemühen, den besten Präsidenten für eine durchaus schwierige Entwicklungsphase unseres Landes zu finden, sondern lediglich von machtpolitischem Kalkül von Helmut Kohl. Die FDP hat sich der Union ausgeliefert. Sie ist keine eigenständige, schon gar nicht mehr eine liberale Kraft in Deutschland. Die SPD hat erst einmal in der Geschichte der Bundesrepublik den Bundespräsidenten gestellt. Gustav Heinemann für fünf Jahre. Der unabhängige und überparteiliche Charakter des Amtes gab uns einen legitimen Anspruch, jetzt den Bundespräsidenten zu stellen. Die Freien Demokraten hatten es in der Hand, die konsequente Dominanz bei der Besetzung des höchsten Staatsamtes zu korrigieren und ein Zeichen für mehr Ausgewogenheit zu setzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindert Umwelt
mit wertvoller Holzart
Recycling-Papier



Der FDP ging es aber nicht um Liberalität, sondern um Machterhalt. Was sie als Koalitionstreue ausübt, ist die vollständige Unterwerfung. Die Furcht vor dem Koalitionspartner war stärker als der Mut zur souveränen und liberalen Gestaltung des eigenen Spielraums. Die Chance, liberale Eigenständigkeit zu beweisen und eine souveräne Entscheidung zu treffen, wurde von der FDP-Führung vertan. Es störte sie nicht, daß dabei die demokratische Vernunft auf der Strecke geblieben ist. Die Beteuerungen des FDP-Vorsitzenden Kinkel, es sei nicht um Koalitions- und Machtfragen gegangen, sind unglauwbüdig. Er hat vielmehr Druck ausgeübt, um eine koalitions-konforme Entscheidung der FDP zu erreichen und die Zustimmung zu Herzog praktisch mit der Vertrauensfrage für sich selber verbunden.

Mit Ihrer Haltung in der Bundesversammlung stellt sich für die FDP die Frage nach ihrer künftigen Rolle im Parteiensystem. Der Verzicht auf Eigenständigkeit führt zu der Frage, wer denn die FDP eigentlich noch braucht. Es wird sich herausstellen, ob die FDP mit ihrer gestrigen Entscheidung im Grunde nichts anderes getan hat als aus Angst vor dem unübersehbar nötigen Überlebenskampf - seit Monaten taumelt sie um die Fünf-Prozent-Grenze -, Selbstmord zu begehen. Der gestrige Tag hat gezeigt: Wer rechtskonservativ ist, wählt CDU/CSU, wer liberal denkt, ist in der SPD am besten aufgehoben.

Die SPD hätte sich wie die Mehrheit der Bevölkerung den Ausgang der gestrigen Wahl anders gewünscht. Die Präsidentenwahl, die von ihrem Charakter her ein eigenständiger politischer Akt sein sollte, ist von den Koalitionsparteien aus machttaktischem Kalkül aber gleichgestellt worden mit den zahlreichen anderen Wahlen des Jahres 1994. Bei denen allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger selbst gefragt. Vor uns liegt die Europawahl: Am 23. Mai ist der Wählerwille mißachtet worden, am 12. Juni entscheidet das Volk selbst. Die Erfahrung des gestrigen Tages ist für die Sozialdemokratie zusätzlicher Ansporn und Motivation, in den kommenden Monaten noch stärker für eine Politik zu werben, die die Interessen der Menschen tatsächlich berücksichtigt, um alles daran zu setzen, die Mehrheitsverhältnisse in Deutschland zu ändern.

Ich hoffe, daß Roman Herzog die Kraft, die Souveränität und die Klarheit gewinnt, um das von Richard von Weizsäcker hervorragend geprägte Amt für alle in Deutschland wirklich auszuführen. Ich sage das mit einem ausdrücklichen Dank an Richard von Weizsäcker und mit der Hoffnung, daß die Fragen, die schon die erste Rede des neuen Präsidenten aufgeworfen beziehungsweise nicht beantwortet hat, nicht symptomatisch für mögliche künftige Diskussionen sein mögen.

(-/24. Mai 1994/rs/ks)

In Versicherungs-Fragen folgte die Union der FDP

Die "Europäisierung" des Privatversicherungsmarktes erfordert neue Weichenstellungen

Von Kurt Palis MdB

Die "Europäisierung" des deutschen Privatversicherungsmarktes zum 1. Juli dieses Jahres bringt auf beiden Seiten des Marktgeschehens gravierende Änderungen mit sich. Dies ist bei den Expertenanhörungen ebenso wie bei den Ausschüßberatungen überdeutlich geworden. Wie werden deutsche Versicherungsunternehmen sich den EU-Wettbewerbern stellen, vor allem im heimischen Markt? Wie werden sich die Versicherungskunden auf dem zweifelloser bunter und unübersichtlicher werdenden Markt zurechtfinden? Mehr Wettbewerb verspricht gemeinhin günstigere Preise, hier also Prämien. Andererseits gehen mit dem Wegfall der Vorabgenehmigung von Bedingungen und Tarifen durch die Berliner Aufsichtsbehörde Elemente

der Koalitionsparteien ziehen auch hier nicht. Weder brächen tradierte Kalkulationsgrundlagen der Versicherer zusammen, noch würden in Not geratene Menschen "leichtfertig" wichtigen Versicherungsschutz aufkündigen. Ohne Not hätten die Koalitionsvertreter zustimmen können!

Drittens und Letztens: Warum sind die Damen und Herren von der CDU/CSU nicht mutig geblieben, als wir beantragten, Abschied von den Zehn-Jahres-Verträgen bei Unfall- und Sachversicherungen zu nehmen. Die Zeit dafür ist reif. Dies zeigt die negative Erfahrung mit der 1990 novellierten Bestimmung. Die seit damals geltende Rabattierung der Prämien hat die Zahl der Langzeitverträge so erheblich erhöht, daß die Lösungsnot der Versicherten ebenso zugenommen hat wie die Anzahl der Beschwerden. Es ist wahr, bei längerer Bindung des Versicherten kann das Unternehmen im Prinzip günstiger kalkulieren. Ob dies jedoch an wirklich niedrigeren Prämien ablesbar ist, muß bezweifelt werden. Dafür sind zu viele Ein-Jahres-Verträge beitragsgünstiger als Zehn-Jahres-Verträge. Es ist auch wahr, daß die Provisionsvereinbarungen der Unternehmen mit den Verkäufern zu einem Gutteil auf Langzeit-Abschlußmöglichkeiten basieren. Aber das darf den Gesetzgeber nicht hindern zu tun, was er für wichtig und richtig hält. Versicherungsunternehmen verändern ständig die Vertragsgrundlagen mit ihren Mitarbeitern. Aber die Koalitionsfraktionen hätten uns und dem Verlangen der Verbrauchervereinigungen sowie dem vieler Langzeitversicherter folgen müssen. Die Damen und Herren von der CDU/CSU haben sich von ihrem liberalen Partner in die Pflicht nehmen lassen. Das war nicht sehr weitsichtig. Ich wage die Behauptung, daß wir über kurz oder lang die Langzeitverträge doch beseitigen müssen, vielleicht schon im Sommer, wenn die betrauten Richter sprechen.

Diese aufgeführten Essentials, in denen wir keine Einigung bei den Beratungen erzielen konnten, machten uns die Zustimmung zu der Regierungsvorlage unmöglich.

Die SPD-Fraktion stellt dagegen unseren Entschließungsantrag "Vorsorgender Verbraucherschutz im europäischen Versicherungswesen" vom 22. September 1993. Er weist in die richtige Richtung.

(-/24. Mai 1994/rs/ks)

Die Indigenen leben weiter im Schatten **Die Entwicklungspolitik muß dringend umsteuern**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Weltweit werden etwa 300 Millionen Menschen, in rund 5.000 Stämmen und Gruppen organisiert, zu den indigenen Bevölkerungen gezählt. Sie gehören zu den am meisten benachteiligten Gruppen der Welt und leben fast ausschließlich am äußersten Rande der Gesellschaft. Die SPD-Fraktion hat eine klare Anfrage zur "Unterstützung der indigenen Bevölkerung durch die Bundesrepublik Deutschland" eingebracht.

Hoffnung kam auf, als die Vereinten Nationen 1993 zum offiziellen VN-Jahr der indigenen Bevölkerung ausriefen. Neben symbolischen Akten standen massive Verbesserungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage Indigener auf der Agenda. Heute, ein Jahr später erscheint dieses Ziel jedoch verfehlt worden zu sein. Die VN-Botschafterin für indigene Bevölkerungen, Frau Rigoberta Menchu, deren Wirken für Menschenrechtsverbesserungen in Guatemala 1992 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde, stellte in einer Rede im Dezember 1993 in Kolumbien fest, daß das zuendegehende Jahr nur symbolischen Charakter hatte, konkrete Ergebnisse jedoch ausblieben.

Der FDP ging es aber nicht um Liberalität, sondern um Machterhalt. Was sie als Koalitionstreue ausgibt, ist die vollständige Unterwerfung. Die Furcht vor dem Koalitionspartner war stärker als der Mut zur souveränen und liberalen Gestaltung des eigenen Spielraums. Die Chance, liberale Eigenständigkeit zu beweisen und eine souveräne Entscheidung zu treffen, wurde von der FDP-Führung vertan. Es störte sie nicht, daß dabei die demokratische Vernunft auf der Strecke geblieben ist. Die Beteuerungen des FDP-Vorsitzenden Kinkel, es sei nicht um Koalitions- und Machtfragen gegangen, sind unglaublich. Er hat vielmehr Druck ausgeübt, um eine koalitionskonforme Entscheidung der FDP zu erreichen und die Zustimmung zu Herzog praktisch mit der Vertrauensfrage für sich selber verbunden.

Mit ihrer Haltung in der Bundesversammlung stellt sich für die FDP die Frage nach ihrer künftigen Rolle im Parteiensystem. Der Verzicht auf Eigenständigkeit führt zu der Frage, wer denn die FDP eigentlich noch braucht. Es wird sich herausstellen, ob die FDP mit Ihrer gestrigen Entscheidung im Grunde nichts anderes getan hat als aus Angst vor dem unübersehbar nötigen Überlebenskampf - seit Monaten taumelt sie um die Fünf-Prozent-Grenze -, Selbstmord zu begehen. Der gestrige Tag hat gezeigt: Wer rechtskonservativ ist, wählt CDU/CSU, wer liberal denkt, ist in der SPD am besten aufgehoben.

Die SPD hätte sich wie die Mehrheit der Bevölkerung den Ausgang der gestrigen Wahl anders gewünscht. Die Präsidentenwahl, die von ihrem Charakter her ein eigenständiger politischer Akt sein sollte, ist von den Koalitionsparteien aus machttaktischem Kalkül aber gleichgestellt worden mit den zahlreichen anderen Wahlen des Jahres 1994. Bei denen allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger selbst gefragt. Vor uns liegt die Europawahl: Am 23. Mai ist der Wählerwille mißachtet worden, am 12. Juni entscheidet das Volk selbst. Die Erfahrung des gestrigen Tages ist für die Sozialdemokratie zusätzlicher Ansporn und Motivation, in den kommenden Monaten noch stärker für eine Politik zu werben, die die Interessen der Menschen tatsächlich berücksichtigt, um alles daran zu setzen, die Mehrheitsverhältnisse in Deutschland zu ändern.

Ich hoffe, daß Roman Herzog die Kraft, die Souveränität und die Klarheit gewinnt, um das von Richard von Weizsäcker hervorragend geprägte Amt für alle in Deutschland wirklich auszuführen. Ich sage das mit einem ausdrücklichen Dank an Richard von Weizsäcker und mit der Hoffnung, daß die Fragen, die schon die erste Rede des neuen Präsidenten aufgeworfen beziehungsweise nicht beantwortet hat, nicht symptomatisch für mögliche künftige Diskussionen sein mögen.

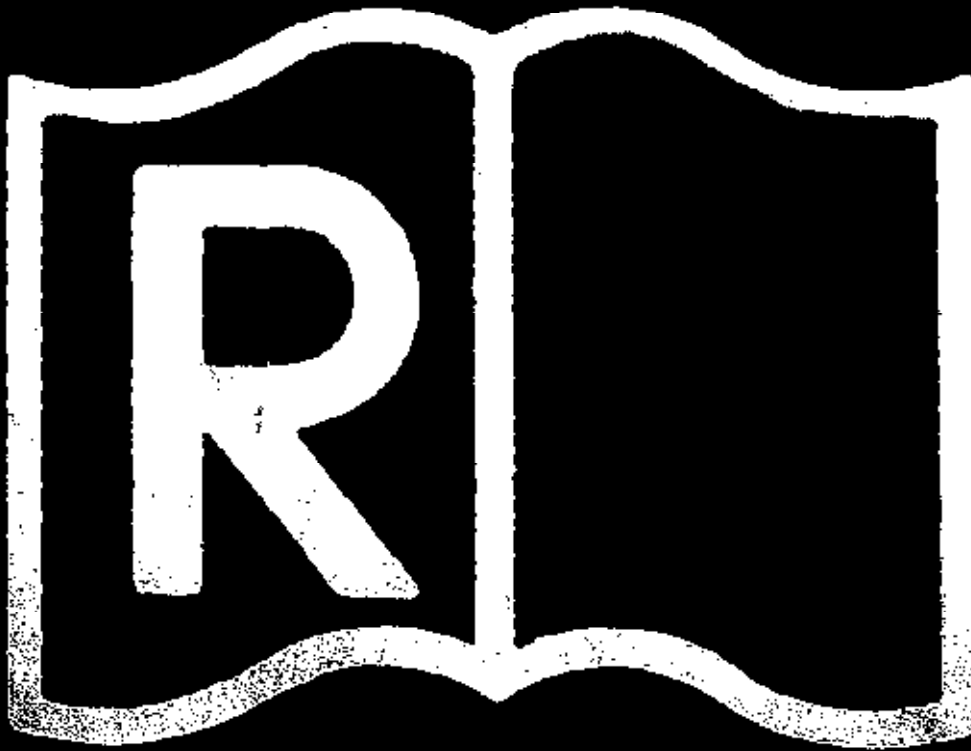
(-/24. Mai 1994/rs/ks)

In Versicherungs-Fragen folgte die Union der FDP

Die "Europäisierung" des Privatversicherungsmarktes erfordert neue Weichenstellungen

Von Kurt Palla MdB

Die "Europäisierung" des deutschen Privatversicherungsmarktes zum 1. Juli dieses Jahres bringt auf beiden Seiten des Marktgeschehens gravierende Änderungen mit sich. Dies ist bei den Expertenanhörungen ebenso wie bei den Ausschußberatungen überdeutlich geworden. Wie werden deutsche Versicherungsunternehmen sich den EU-Wettbewerbern stellen, vor allem im heimischen Markt? Wie werden sich die Versicherungskunden auf dem zweifellos bunter und unübersichtlicher werdenden Markt zurechtfinden? Mehr Wettbewerb verspricht gemeinhin günstigere Preise, hier also Prämien. Andererseits gehen mit dem Wegfall der Vorabgenehmigung von Bedingungen und Tarifen durch die Berliner Aufsichtsbehörde Elemente



mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde, zeigte sich im Sommer 1993 in Kolumbien fest, daß das zuendegehende Jahr nur symbolischen Charakter hatte, konkrete Ergebnisse jedoch ausblieben.

Der FDP ging es aber nicht um Liberalität, sondern um Machterhalt. Was sie als Koalitionstreue ausübt, ist die vollständige Unterwerfung. Die Furcht vor dem Koalitionspartner war stärker als der Mut zur souveränen und liberalen Gestaltung des eigenen Spielraums. Die Chance, liberale Eigenständigkeit zu beweisen und eine souveräne Entscheidung zu treffen, wurde von der FDP-Führung vertan. Es störte sie nicht, daß dabei die demokratische Vernunft auf der Strecke geblieben ist. Die Beteuerungen des FDP-Vorsitzenden Kinkel, es sei nicht um Koalitions- und Machtfragen gegangen, sind unglaubwürdig. Er hat vielmehr Druck ausgeübt, um eine koalitions-konforme Entscheidung der FDP zu erreichen und die Zustimmung zu Herzog praktisch mit der Vertrauensfrage für sich selber verbunden.

Mit ihrer Haltung in der Bundesversammlung stellt sich für die FDP die Frage nach ihrer künftigen Rolle im Parteiensystem. Der Verzicht auf Eigenständigkeit führt zu der Frage, wer denn die FDP eigentlich noch braucht. Es wird sich herausstellen, ob die FDP mit ihrer gestrigen Entscheidung im Grunde nichts anderes getan hat als aus Angst vor dem unübersehbar nötigen Überlebenskampf - seit Monaten taumelt sie um die Fünf-Prozent-Grenze -, Selbstmord zu begehen. Der gestrige Tag hat gezeigt: Wer rechtskonservativ ist, wählt CDU/CSU, wer liberal denkt, ist in der SPD am besten aufgehoben.

Die SPD hätte sich wie die Mehrheit der Bevölkerung den Ausgang der gestrigen Wahl anders gewünscht. Die Präsidentenwahl, die von ihrem Charakter her ein eigenständiger politischer Akt sein sollte, ist von den Koalitionsparteien aus machttaktischem Kalkül aber gleichgestellt worden mit den zahlreichen anderen Wahlen des Jahres 1994. Bei denen allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger selbst gefragt. Vor uns liegt die Europawahl: Am 23. Mai ist der Wählerwille mißachtet worden, am 12. Juni entscheidet das Volk selbst. Die Erfahrung des gestrigen Tages ist für die Sozialdemokratie zusätzlicher Ansporn und Motivation, in den kommenden Monaten noch stärker für eine Politik zu werben, die die Interessen der Menschen tatsächlich berücksichtigt, um alles daran zu setzen, die Mehrheitsverhältnisse in Deutschland zu ändern.

Ich hoffe, daß Roman Herzog die Kraft, die Souveränität und die Klarheit gewinnt, um das von Richard von Weizsäcker hervorragend geprägte Amt für alle in Deutschland wirklich auszuführen. Ich sage das mit einem ausdrücklichen Dank an Richard von Weizsäcker und mit der Hoffnung, daß die Fragen, die schon die erste Rede des neuen Präsidenten aufgeworfen beziehungsweise nicht beantwortet hat, nicht symptomatisch für mögliche künftige Diskussionen sein mögen.

(-/24. Mai 1994/rs/ks)

In Versicherungs-Fragen folgte die Union der FDP

Die "Europäisierung" des Privatversicherungsmarktes erfordert neue Weichenstellungen

Von Kurt Palis MdB

Die "Europäisierung" des deutschen Privatversicherungsmarktes zum 1. Juli dieses Jahres bringt auf beiden Seiten des Marktgeschehens gravierende Änderungen mit sich. Dies ist bei den Expertenanhörungen ebenso wie bei den Ausschußberatungen überdeutlich geworden. Wie werden deutsche Versicherungsunternehmen sich den EU-Wettbewerbern stellen, vor allem im heimischen Markt? Wie werden sich die Versicherungskunden auf dem zweifellos bunter und unübersichtlicher werdenden Markt zurechtfinden? Mehr Wettbewerb verspricht gemeinhin günstigere Preise, hier also Prämien. Andererseits gehen mit dem Wegfall der Vorabgenehmigung von Bedingungen und Tarifen durch die Berliner Aufsichtsbehörde Elemente

von Überschaubarkeit, Vergleichbarkeit und damit von Sicherheit verloren. Man darf gespannt sein auf die Entwicklung in den nächsten Jahren.

Am Anfang dieses neuen Weges mußte man vom Gesetzgeber eine deutliche Wegweisung erwarten. Dies ist mit dem Regierungsentwurf in weiten Teilen auch erfolgt. Insoweit haben wir bei gewichtigen Punkten Einvernehmen erzielen können.

Ich möchte hier vier Beispiele nennen:

Erstens: Es ist gut, daß wir bei der vorgeschriebenen Aushändigung der Verbraucherinformationen einen Weg gefunden haben, wie der Versicherungskunde sich rechtzeitig und umfassend "kundig" machen kann, wie aber andererseits auch die Unternehmen ihrer Aufklärungsverpflichtung ohne bürokratische Überforderung nachkommen können.

Zweitens: Wir begrüßen ausdrücklich, daß künftig bei jeder Prämienanpassung ein Kündigungsrecht eingeräumt ist, nicht erst beim Übersteigen ganz bestimmter Margen.

Drittens: Es ist gut, daß wir gemeinsam die Gleichstellung minderjähriger Adoptivkinder mit den neugeborenen leiblichen Kindern geschafft haben. Der jetzt geltende Kontrahierungszwang beseitigt die Gefahr, daß unter Umständen adoptierte Kinder weder Kassenmitglieder noch Privatversicherte werden können. Es ist auch konsequent, daß die Koalitionsfraktionen, uns gefolgt sind bei der Klarstellung, daß ein pauschaler Risikozuschlag bis zur 100prozentigen Prämienhöhe nicht in Frage kommen kann; daß es sich nur darum handeln kann, nach erfolgter individueller Risikoprüfung bei Vorliegen eines erhöhten Gesundheitsrisikos einen Zuschlag zu erheben, der seinerseits bei 100 Prozent des Beitrages zu deckeln ist.

Viertens: Es verdient hervorgehoben zu werden, daß wir mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag das Problem übermäßig steigender Krankenversicherungsbeiträge im Alter angegangen sind. Angegangen sind, nicht mehr! Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten hier bereits eine Lösung gefunden, mit der wir uns bei den älteren Privatversicherten hätten sehen lassen können. Dafür war die Vorlage der Bundesregierung leider nicht ausgereift genug, aber auch die viel zu knappe Beratungszeit ließ die Entwicklung eigener Lösungsansätze nicht zu. Die zu berufende Expertenkommission muß umgehend an die Arbeit gehen, so daß die Bundesregierung spätestens im ersten Halbjahr 1996 die gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen kann. Eine SPD-geführte Regierung wird zu diesem Wort stehen. Für den weniger wahrscheinlichen Fall, daß sich am 16. Oktober nichts Entscheidendes ereignet, steht die Koalition im Wort. Neue Kalkulationsansätze müssen sicherstellen, daß Privatversicherte auch im Alter zu angemessenen Beiträgen ihren Vollversicherungsschutz aufrecht erhalten können - gerade im Alter, wenn er besonders benötigt wird. Dies ist auch im wohlverstandenen Interesse der Krankenversicherungsunternehmen, davon bin ich fest überzeugt.

Diese vier Beispiele und einige mehr weisen in die richtige Richtung. Die SPD-Fraktion lehnt dennoch das vorliegende Gesetz ab. Die Koalition läßt uns keine andere Wahl, weil von den Koalitionsparteien an drei Stellen gepaßt wurde, ohne daß das Blatt ausgereizt war.

Erstens: Sie sind uns nicht gefolgt, als wir bei den Ausschlußberatungen beantragten, eine Maßnahme gegen zu besorgende Ausländer-Diskriminierung in der Kfz-Versicherung zu ergreifen. Wir haben in der Expertenanhörung gemeinsam lernen müssen, daß eine faktische Diskriminierung sich im Geschäftsgebahren einzelner Versicherer ereignet, ohne daß ein grundgesetzlich garantiertes Diskriminierungsverbot wirksamen und justiziablen Schutz bietet. Die Koalitionsparteien haben nicht mitgeholfen, die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten des Aufsichtsamtes zu stärken, wenn solche Mißstände zu besorgen sind. Unsere ausländischen Mitbürger erwarten deutliche Signale von uns, und wir hätten sie gemeinsam aussenden können. Die formalrechtlichen Einwendungen haben in keiner Weise überzeugt.

Zweitens: Wir beantragten, einen durch Arbeitslosigkeit oder Invaliddität in wirtschaftliche Not geratenen Versicherten die außerordentliche Kündigung oder Teilkündigung eines langfristig vereinbarten Unfall- oder Sachversicherungsvertrages zu ermöglichen. Die Gegenargumente

der Koalitionsparteien ziehen auch hier nicht. Weder brächen tradierte Kalkulationsgrundlagen der Versicherer zusammen, noch würden in Not geratene Menschen "leichtfertig" wichtigen Versicherungsschutz aufkündigen. Ohne Not hätten die Koalitionsvvertreter zustimmen können!

Drittens und Letztens: Warum sind die Damen und Herren von der CDU/CSU nicht mutig geblieben, als wir beantragten, Abschied von den Zehn-Jahres-Verträgen bei Unfall- und Sachversicherungen zu nehmen. Die Zeit dafür ist reif. Dies zeigt die negative Erfahrung mit der 1990 novellierten Bestimmung. Die seit damals geltende Rabattierung der Prämien hat die Zahl der Langzeitverträge so erheblich erhöht, daß die Lösungsnot der Versicherten ebenso zugenommen hat wie die Anzahl der Beschwerden. Es ist wahr, bei längerer Bindung des Versicherten kann das Unternehmen im Prinzip günstiger kalkulieren. Ob dies jedoch an wirklich niedrigeren Prämien ablesbar ist, muß bezweifelt werden. Dafür sind zu viele Ein-Jahres-Verträge beitragsgünstiger als Zehn-Jahres-Verträge. Es ist auch wahr, daß die Provisionsvereinbarungen der Unternehmen mit den Verkäufern zu einem Gutteil auf Langzeit-Abschlußmöglichkeiten basieren. Aber das darf den Gesetzgeber nicht hindern zu tun, was er für wichtig und richtig hält. Versicherungsunternehmen verändern ständig die Vertragsgrundlagen mit ihren Mitarbeitern. Aber die Koalitionskfraktionen hätten uns und dem Verlangen der Verbrauchervereinigungen sowie dem vieler Langzeitversicherter folgen müssen. Die Damen und Herren von der CDU/CSU haben sich von ihrem liberalen Partner in die Pflicht nehmen lassen. Das war nicht sehr weitsichtig. Ich wage die Behauptung, daß wir über kurz oder lang die Langzeitverträge doch beseitigen müssen, vielleicht schon im Sommer, wenn die befaßten Richter sprechen.

Diese aufgeführten Essentials, in denen wir keine Einigung bei den Beratungen erzielen konnten, machten uns die Zustimmung zu der Regierungsvorlage unmöglich.

Die SPD-Fraktion stellt dagegen unseren Entschließungsantrag "Vorsorgender Verbraucherschutz im europäischen Versicherungswesen" vom 22. September 1993. Er weist in die richtige Richtung.

(-24. Mai 1994/rs/ks)

Die Indigenen leben weiter im Schatten **Die Entwicklungspolitik muß dringend umsteuern**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Weltweit werden etwa 300 Millionen Menschen, in rund 5.000 Stämmen und Gruppen organisiert, zu den indigenen Bevölkerungen gezählt. Sie gehören zu den am meisten benachteiligten Gruppen der Welt und leben fast ausschließlich am äußersten Rande der Gesellschaft. Die SPD-Fraktion hat eine klare Anfrage zur "Unterstützung der indigenen Bevölkerung durch die Bundesrepublik Deutschland" eingebracht.

Hoffnung kam auf, als die Vereinten Nationen 1993 zum offiziellen VN-Jahr der indigenen Bevölkerung ausriefen. Neben symbolischen Akten standen massive Verbesserungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage Indigener auf der Agenda. Heute, ein Jahr später erscheint dieses Ziel jedoch verfehlt worden zu sein. Die VN-Botschafterin für indigene Bevölkerungen, Frau Rigoberta Menchu, deren Wirken für Menschenrechtsverbesserungen in Guatemala 1992 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde, stellte in einer Rede im Dezember 1993 in Kolumbien fest, daß das zuendegehende Jahr nur symbolischen Charakter hatte, konkrete Ergebnisse jedoch ausblieben.

Dabei sind aber konkrete Ergebnisse mehr denn je erforderlich, um das Los von Millionen von Menschen zu verbessern. Tagtäglich müssen sich Angehörige indigener Volksgruppen gegen die Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen und die Verletzung ihrer Rechte wehren.

Nur besonders erschütternde Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel das Massaker an den Yanomami-Indianern im Juli 1993 in Venezuela und der blutig niedergeschlagene Aufstand der Indianer im Bundesstaat Chiapas in Mexiko im Januar 1994 haben den Weg in westliche Zeitungen gefunden.

Tagtäglich wird das Leid Indigener durch Zugriff in- und ausländischer Unternehmen, Großgrundbesitzer und Siedler vergrößert. Obwohl die Öffentlichkeit im Vergleich zu vorhergegangenen Jahren durch weitreichendere Auslandsberichterstattungen besser und ausführlicher informiert wird, findet die Zerstörung indigenen Landes und seiner Ressourcen weitgehend ohne Widerspruch oder Verurteilung der Welt statt.

Zahlreiche Faktoren spielen bei der existentiellen Bedrohung Indigener eine große Rolle. Besonders hervorzuheben wäre dabei die massive Umweltzerstörung, die sich in verschiedenste Variationen niederschlägt. Holzeinschlag raubt zum Beispiel in Kamerun den Bedjang ihre Lebensgrundlage. Ausbeutung von Bodenschätzen, Urbarmachung von vormals landwirtschaftlich unberührten Böden, sowie die Vergiftung von Flüssen und ganzen Landstrichen und deren Folgen sind beispielsweise ein Grund für die Vernichtung ganzer Indianerstämme im Amazonasgebiet. Nicht zu vergessen die Überflutung ganzer Lebensräume Indigener durch Staudämme, wie der Bau des Sardar Sarovar-Staudamm in Indien gezeigt hat, der die Umsiedlung von 250.000 Menschen, in der Mehrzahl Angehörige der Chakma und Marma, zur Folge hatte.

Darüber hinaus haben Indigene verzweifelt gegen massive Beeinträchtigungen ihrer Lebensform durch einströmende Touristen, wie am Beispiel der San in Südafrika zu sehen ist, zu leiden.

Diese Erkenntnis muß leider auch für die zahllosen Verwicklungen indigener Bevölkerungen in nationale und internationale militärische Konflikte gelten. Das sind Kriege, in die die indigenen Bevölkerungen durch den Standort militärischer Anlagen auf ihren Gebiet gegen ihren Willen hineingezogen werden. Exemplarisch sind die Bedrohungen der Miskito-Indianer in Nicaragua sowie der indigenen Bevölkerungen Guatemalas.

Ohne die teilweise beträchtlichen Verbesserungen indigenen Lebens durch die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) oder der Arbeitsgruppe für indigene Bevölkerungen des Wirtschafts- und Sozialrates der VN zu schmälern, sind vielerprechende Ansätze, die Verfolgung und die Unterdrückung mit Hilfe internationaler Instrumente zu unterbinden, bis zum heutigen Tage nicht in Sicht.

Daher geht von der Abschlußerklärung der Weltkonferenz über Menschenrechte im Juli 1993 in Wien die Forderung aus, eine Dekade der indigenen Weltbevölkerung, beginnend am 1. Januar 1994, auszurufen, um die Probleme dieser Menschen in das Licht der Weltaufmerksamkeit zu rücken sowie eine Deklaration über die Rechte indigener Bevölkerungen zu erstellen.

Je detaillierter die Verhandlungen über die Deklaration über die Rechte indigener Bevölkerungen jedoch werden, je mehr erscheint es, daß die indigenen Bevölkerungen nach einer kurzen Unterbrechung im Scheinwerferlicht der Weltkonferenz von 1993, wieder auf sich allein gestellt sein werden.

Die weltweite politische Vernachlässigung der Interessen der indigenen Bevölkerungen muß ein Ende haben. Gefordert ist eine Entwicklungspolitik, die die Interessen der indigenen Bevölkerungen ausreichend berücksichtigt. Gefordert sind ferner Entwicklungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen oder staatlichen Organisationen zum Wohle der 300 Millionen vernachlässigten Indigener auf dieser Erde. Ein Umdenken ist dringend erforderlich. Die Zeit drängt.

(-/24. Mai 1994/rs/ks)

Ökologische Katastrophen vom Menschen verursacht
Ein Massenphänomen, das die Notwendigkeit einer Wende signalisiert

Von Michael Müller
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im japanischen Yokohama findet in diesen Tagen die UN-Weltkonferenz zur Vermeidung von Naturkatastrophen statt. Tatsächlich ist in den letzten 30 Jahren ein deutlicher Anstieg von ökologischen Großkatastrophen zu verzeichnen. Nach Angaben der Versicherungswirtschaft nahm ihre Zahl seit den 60er Jahren um das Fünffache zu. Würden damals 'nur' 14 Großkatastrophen (Schadenssumme über 100 Millionen US-Dollar) gezählt, waren es in den 80er Jahren bereits 70, mit weiter ansteigender Tendenz. Diese Verschiebung der Risikodimension zeigt, daß heute schon in der Normalität weitreichende ökologischen Gefahren produziert werden, für die der Mensch der Hauptverursacher ist.

Es ist unbestritten, daß im Verlauf der letzten Jahrzehnte Produkte und Verfahren sicherer wurden, so daß die statistische Häufigkeit von großen Unfällen abnimmt. Aber gleichzeitig ist eine neue Größendimension von Risiken entstanden, deren Folgen sich nicht nur finanziell in qualitativ völlig neuen Dimensionen bewegt. Hierzu kommt, daß zum Beispiel viele gravierende Folgen des Ozonabbaus oder der bereits eingeleiteten Klimaänderung nicht mehr zu verhindern sind, so daß die Schäden auf jeden Fall vorerst weiter wachsen werden. Bereits heute liegt ihre Summa aufgrund zunehmender Wirbelstürme über der von Erdbeben. Eine Erwärmung der Oberflächentemperatur im pazifischen Ozean um nur 0,5° C würde die Jahreszeit, in denen sich Orkane und Hurrikane bilden, um 20 Tage verlängern und die verursachten Schäden um weitere 40 Prozent erhöhen. Erst jüngst stellte die US-amerikanische Versicherungsbranche fest: "Die Schäden aus extremen Wetterlagen nehmen nur in den USA derzeit um 300 Millionen Dollar pro Jahr zu".

Ökologische Großkatastrophen sind von einem Ausnahmephänomen zur Massenerscheinung geworden. Das ist ein besorgniserregendes Alarmsignal. Doch bis heute wurde wenig getan, um die Empfehlungen des Erdapfels von Rio von 1992 in konkrete Verpflichtungen und Maßnahmen umzusetzen. Nach wie vor herrscht Verdrängung der ökologischen Gefahren vor. Deshalb muß die UN-Konferenz im japanischen Yokohama dafür genutzt werden, endlich Taten zu fordern, bevor die Natur noch stärker zurückschlägt. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt um weltweite Maßnahmen zum Schutz stabiler natürlicher Lebensgrundlagen zu bemühen, sowie sie in Rio gefordert wurden, aber auch selbst die eigenen Verpflichtungen zum Schutz des Klimas einzulösen.

(-/24. Mai 1994/rs/ks)
